

## 5. „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ – nationalsozialistische Rhetorik und Praxis

### 5.1 Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre im Nationalsozialismus

Wenn Betriebswirte auf die Geschichte ihres Faches zurückblicken, erscheinen die 1920er und frühen 1930er Jahre als erstes Aufblühen der neuen Disziplin, die allerdings jäh unterbrochen wurden „durch den Zeitraum der NS-Herrschaft, in der die Wissenschaft vielen bedrückenden Beschränkungen und Reglementierungen unterlag“, wie etwa Fritz Klein-Blenkers summarisch feststellt, ohne sich auf Letztere weiter einzulassen (Klein-Blenkers 1990, S. 114). Dieter Schneider hält es überhaupt für müßig, sich mit der Betriebswirtschaftslehre dieser Zeit zu beschäftigen. Für die Wissenschaftsgeschichte sei sie höchstens insofern von Belang, als diese sich „mit den einzelnen Wissenschaftlern einer Periode, ihren Motiven und Umweltbedingungen zu beschäftigen hat.“ Dabei hätten sich einzelne Vertreter des Faches an das Regime opportunistisch angebiedert, für die Übrigen gelte: „(...) die Mehrzahl geht, wie die Mehrzahl der Angehörigen anderer Berufe, bis 1938 freudig mit und hofft ab 1943 aufs nackte Überleben“ (Schneider 1981, S. 144f.). Erich Potthoff vermutet, dass sich von den damals rund 50 Lehrstuhlinhabern der Betriebswirtschaftslehre „nur eine geringe Anzahl mit den nationalsozialistischen Ideen identifiziert“ habe; im Übrigen geht er von einer „totalen Gleichschaltung“ aus, sieht also ausschließlich Maßnahmen von oben, mit denen die Universitäten den Vorgaben des Regimes angepasst wurden (Potthoff 2002, S. 89ff., 107).

Derartige Sichtweisen stellen unzulässige Verkürzungen zur Exkulpierung des Faches wie seiner Vertreter dar und entsprechen nicht dem Stand der Forschung zu den Wissenschaften im Nationalsozialismus, wie sie für andere Fächer mittlerweile geleistet worden ist. Demnach ist nicht allein zu fragen, wie die nationalsozialistische Führung die Gleichschaltung vorantrieb, sondern auch, inwieweit diese durch die Aktivitäten von Studierenden und Professorenschaft zur Selbstgleichschaltung wurde. Wie in anderen Disziplinen ging es für manche um schlichte Karriereinteressen, für andere um die vermeintliche Erfüllung nationaler Träume. Aus der späteren Verdrängungs-Perspektive der bundesrepublikanischen Betriebswirtschaftslehre gab es zumindest zwei prominente Vertreter des Faches, denen ein derartiger „Irrweg“ attestiert wird: Walter Thoms, ein glühender Befürworter der „Blut-und-Boden“-Ideologie des Regimes, war in der Bundesrepublik bis 1964 als Professor tätig und wurde bei seiner Emeritierung mit einer Festschrift geehrt. Heinrich Nicklisch sah im Nationalsozialismus die

lang ersehnte Verwirklichung seiner gemeinwirtschaftlichen Orientierung. Er betonte sein Vertrauen zur Aufbauarbeit des Nationalsozialismus und fand, die von ihm vertretene normative Richtung könne sich „im neuen Reich zu Hause und geborgen fühlen“; diese Position nicht unablässig weiter auszubauen und zu verteidigen, wäre „pflichtvergessen und undankbar gegen den Führer (...)“ (Nicklisch 1934a, S. 8). In einer Schrift mit dem programmatischen Titel „Aufwärts! Volk, Wirtschaft und Erziehung“ hob er die besondere Stellung und Verantwortung der Wirtschaftshochschulen hervor: „Die Wirtschafts-Hochschulen müssen nationalsozialistisch sein.“ Es gelte, dass

„der Einzelwirtschaftler seinen Betrieb, welcher Art er auch sei, nicht als Ganzes nur betrachten darf, sondern immer gleichzeitig und im gleichen Maße auch als Glied des Ganzen führen muß. Denn die deutliche und starke Empfindung der Gliedschaft ist es auch, aus der der Volksgenosse das wird, was er sein soll: der Kamerad aller Mitgenossen im Volk und ein freier Helfer des Führers in der Höhenlage, in die dieser ihn beruft.“ (Nicklisch 1934b, S. 44f.)

Nicklisch starb 1945.

Aber auch zahlreiche andere Vertreter des Faches, die in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre als renommiert galten, legten den Grundstock für ihre Karriere in den Jahren nach 1933. So fand etwa Erich Gutenberg, später als Nestor des Gebietes verehrt, wiederholt anerkennende Worte für die nationalsozialistisch gelenkte Wirtschaft, wenn er etwa 1938 beim Tag der deutschen Wirtschaftswissenschaft zur Bedeutung des Rechnungswesens in der neuen Wirtschaftsordnung referierte:

„In einer Wirtschaft, die ein Instrument in der Hand des Führers ist, stehen alle wirtschaftlichen Lebensäußerungen unter dem Gesetz des Politischen, unter dem Befehl des Führers (...). Fünf Jahre staatlicher Forderungen an die Wirtschaft haben mehr technische, ökonomische, finanzielle, arbeitsorganisatorische und erzieherische Ideen und Energien freigesetzt als lange Zeiträume, die unter dem Axiom von der allein Fortschritt verbürgenden Maxime der freien Konkurrenz standen.“ (Gutenberg 1939, S. 213f.)

Die „Gleichschaltung“ der Hochschulen erfolgte somit meist nicht gegen eine widerstrebende Studenten- und Professorenschaft, sondern wurde allorts tatkräftig „von unten“ vorangetrieben; so auch an der Berliner Handelshochschule, die ab 1927 dem Preußischen Staat gehörte und ab 1936 „Wirtschaftshochschule“ hieß. Viele Dozenten wurden bereits 1933 mit Hilfe des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, durch das man sich unter anderem der jüdischen Beamten entledigen wollte, von ihren Posten enthoben, andere von aufstrebenden Kollegen aus ihren Ämtern gedrängt. Das traf vor allem Volkswirte, von denen die Hälfte gezwungen wurde, die Hochschule zu verlassen, darunter Melchior Palyi und Moritz J. Bonn, der zuletzt Rektor der Berliner

Handelshochschule war. Dagegen blieben die betriebswirtschaftlichen Dozenten nach 1933, sofern sie nicht aus Altersgründen ausschieden, weitgehend dieselben wie zuvor. Von ihnen musste damals einzig Joachim Tiburtius die Institution wegen seines christlichen Engagements verlassen (Ein Halbjahrhundert ... 1956).

Nach anfänglichen Vorbehalten gegen die „Profitlehre“ aus der „Systemzeit“ wurde die Betriebswirtschaftslehre in der Zeit nach 1933 als Fach sehr viel mehr als bisher akzeptiert, was ihre damaligen Vertreter mit Stolz und Genugtuung registrierten. So schrieb Walter Le Coutre 1943:

„Wenn späterhin die Geschichte der Betriebswirtschaftslehre und ihrer Literatur weitergeschrieben werden wird, dürfen die Chronisten mit voller Berechtigung sagen, daß der Umbruch von 1933 auch für unser Fach einen Wendepunkt von einschneidender Bedeutung darstellt.“

Er sah in dieser Periode die „allgemeine Anerkennung der Disziplin und ihrer praktischen (...) Nützlichkeit“ (zit. bei Hundt 1977, S. 127f.). Ähnliches notierte Ludwig Erhard 1937:

„Der Betriebswirt (und noch mehr der Betriebswissenschaftler) sieht sich jedenfalls einer ganz eigenartigen Situation gegenüber. Er, der jahrelang um Anerkennung seiner Leistung und um gerechte Würdigung der praktischen Bedeutung seines Wissenschaftszweiges für die Wirtschaft kämpfte und dabei allenthalben beträchtlichem Widerstand begegnete, sieht sich nun mit einem Male in den Mittelpunkt und vor Aufgaben gestellt, die die engen Grenzen des Betriebes sprengend, gar nicht mehr allein betriebswirtschaftlicher Art sind.“ (Erhard 2002, S. 197f.)

Die Betriebswirtschaftslehre kann seitdem in der deutschen Wissenschaftslandschaft als etabliert angesehen werden. Dies stellt nicht nur einen Erfolg der anhaltenden Bemühungen des Berufsverbandes der Diplom-Kaufleute VDDK dar, sondern ist auch darauf zurückzuführen, dass die nationalsozialistische Politik besonders großes Interesse an einer praxisnahen Wirtschaftslehre, insbesondere beim Rechnungswesen und beim betrieblichen Personalwesen, hatte. Die Zukunft, die das Regime den Angehörigen der deutschen „Volksgemeinschaft“ verhieß, sollte darauf beruhen, dass diese von allen fremden und „unnützen“ Elementen, also von Juden, „Zigeunern“ und anderen „Fremdrassigen“ sowie von „Arbeitsscheuen“, bereinigt würde. Gleichzeitig sollten alle Formen des früheren Wirtschaftsliberalismus überwunden und eine Lenkung der Wirtschaft durchgesetzt werden, bei der die Ziele der Unternehmen in die große Aufgabe der späteren Weltherrschaft eingebunden wurden. Nach 1933 bemühten sich führende Nationalsozialisten hier wie in anderen Wissenschaften, ähnlich der „deutschen Physik“ und der „deutschen Chemie“, auch eine „deutsche Wirtschaftswissenschaft“ ins Leben zu rufen. Entsprechend hieß es in den Richtli-

nien von 1935, man wolle die bisherigen wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen grundlegend umgestalten, um individualistische, liberalistische und erwerbswirtschaftliche Orientierungen zu überwinden. Nunmehr wolle man

„Gestalter und Wahrer der Volkswirtschaft heranbilden, Männer, die die Wirtschaft bis in die betriebliche Einzelzelle hinein kennen, dabei aber wissen und beherrzigen, daß auf die Dauer eine gesunde Einzelwirtschaft nur in einem gesunden und starken Volk und Staat bestehen kann. Steigerung aller völkischen Kräfte zu höchster Leistung ist das Ziel, Gemeinnutz vor Eigennutz die Losung!“ (Handelshochschule Berlin 1938/39)

Die Realisierung dieses hochtönenden, aber inhaltlich vagen Projekts blieb im Großen und Ganzen auf die Weiterentwicklung des Rechnungswesens beschränkt. Mit Hilfe einer Vielzahl von staatlichen Erlassen und Verordnungen wurde die Standardisierung der Kostenrechnung vorangetrieben. Nach der Festlegung der Allgemeinen Grundsätze der Kostenrechnung wurden branchenbezogene Kostenrechnungsrichtlinien entwickelt und auch die Fachterminologie vereinheitlicht (vgl. Schweitzer/Wagener 1998, S. 443f.).

Auch in der Volkswirtschaftslehre gab es zunächst keinen grundsätzlichen ideologischen Bruch, aber eine deutliche Verschiebung der Gewichte:

„An der klassischen Nationalökonomie orientierte Richtungen gerieten ins Abseits, während die in den zwanziger Jahren vermeintlich im Untergang befindlichen historischen und romantischen Richtungen einer neuen Blüte entgegenzuziehen schienen.“ (Janssen 1998, S. 13)

Eine „deutsche Wirtschaftslehre“ entstand gleichwohl nicht, vielmehr äußerte sich das neue Denken in einem Amalgam von Versatzstücken aus früheren Perioden, die auf eine biologisch-rassistische Grundlage gestellt wurden. Die klassische Lehre überwinterte notdürftig an der Freiburger Universität, aber auch der Historismus erlebte keineswegs die Renaissance, die sich anfangs anzubahnen schien. Die Entwicklung einer, im eigentlichen Sinn nationalsozialistischen Theorie, stand überdies vor dem Problem der allgemeinen Theoriefeindlichkeit dieser Ideologie. Insgesamt dominierte eine pragmatische Orientierung, weshalb der Wirtschaftspolitik sehr viel größere Bedeutung zugeschrieben wurde als der Wirtschaftstheorie. Nach den Worten eines Zeitgenossen kam es zu einer „Wiedergeburt des staatspolitischen Denkens“ (zit. bei Janssen 1998, S.471). Dem nationalsozialistischen Staat wurde zugetraut, die Volkswirtschaft im Sinn des Gemeinwohls ordnen und lenken zu können. Schlüssige Konzepte entwickelten sich daraus allerdings keine, zumal sich die staatliche Politik bereits vor der Entfesselung des Krieges, um so mehr aber von diesem Zeitpunkt an, auf vielen Gebieten von herkömmlichen Vorstellungen der Regulierung von Marktwirtschaften weit entfernt hatte und wachsende innere Widersprüche aufwies – so

etwa bei der Geld- und Finanzpolitik, die mehr und mehr zu einer ungeheuren zurückgestauten Inflation führte (vgl. Janssen 1998, S. 490ff.).

Für das hochtönende nationale Vorhaben erschien die bisherige Trennung der Fächer Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre als nicht mehr zeitgemäß und es gab wiederholt Ankündigungen, sie zusammenzuführen, doch wurde dieses Versprechen letztlich nicht eingelöst. Gleichzeitig veränderte sich auch der Stellenwert der beiden Fächer. Die Rhetorik der Zurückdrängung von Einzelinteressen und der absoluten Vorrangstellung der Gemeinschaft hätte erwarten lassen, dass man sich um eine Stärkung der Volkswirtschaftslehre bemüht hätte. Faktisch blieben die Planungsanstrengungen des Regimes zumindest in der Vorkriegszeit begrenzt und auch auf der akademischen Ebene fand eine gegenteilige Entwicklung statt: Gemessen an Zahl und Stunden der Lehrveranstaltungen nahm das Gewicht der Betriebswirtschaftslehre auf Kosten der Volkswirtschaftslehre deutlich zu. An der Berliner Handelshochschule umfassten im Wintersemester 1938/39 mehr als die Hälfte aller Lehrveranstaltungsstunden betriebswirtschaftliche Fächer. Dagegen beschränkten sich die volkswirtschaftlichen Themen, zu denen in den früheren Jahren mehr als 40 Semester-Wochen-Stunden angeboten worden waren, mittlerweile auf vier Stunden. Recht und Fremdsprachen fanden sich ebenfalls in den Hintergrund gedrängt, während allgemeine Gegenstände, die den Nationalsozialisten besonders wichtig und für alle Studienrichtungen verbindlich waren, sehr viel mehr Raum einnahmen – so etwa die „völkischen Grundlagen der Wissenschaft“, bei denen es um „Rasse und Sippe“, Volkskunde, Vorgeschichte und die „politische Entwicklung des deutschen Volkes“ ging (Handelshochschule Berlin 1938/39). Diese Veränderungen wurden an vielen Universitäten dadurch begünstigt, dass die Vertreibung von Professoren überwiegend Volkswirte und Sozialwissenschaftler traf, deren Lehrstühle hinterher oft unbesetzt blieben (Hesse 2003, S. 163).

Aber die Betriebswirtschaftslehre eroberte nicht nur ihren dauerhaften Platz im universitären Fächerkanon – sie änderte auch ihre Ausrichtung, indem die „Praxisnähe“ nun noch stärker als zuvor betont und umgesetzt wurde. Das verdankte sich zunächst den Hoffnungen mancher Nationalsozialisten auf einen Ständestaat, der aus Vertretern des Handwerks, des Handels und anderer Stände bestanden hätte. Entsprechend dachte man, wie es etwa in der Denkschrift des Frankfurter BWL-Professors Fritz Schmidt angeregt wurde, die Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten umzugestalten:

„Für alle wichtigen Seminare und Abteilungen wären gemischte Arbeitsausschüsse zu bilden, die aus Praktikern und Wissenschaftlern gebildet werden und die die Aufgabe haben, die einzelnen wirtschaftlichen Berufsstände für die Arbeit zu interessieren und schwierige Probleme der Praxis der wissenschaftlichen Untersuchung zuzuführen.“ (Zit. bei Hesse 2003, S. 154)

Diese Vorschläge wurden zwar nicht unmittelbar umgesetzt, insgesamt wurden aber mehr nebenamtliche Lehrkräfte aus der Praxis, insbesondere Verbandsfunktionäre und Unternehmer, für Lehraufträge bestellt und nach einer Verordnung des Ministeriums wurde der Vorsitz in den Prüfungsämtern in allen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten nunmehr ausschließlich an Praktiker übertragen – so in Berlin 1934 an den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages Adrian von Rentelen.

## 5.2 Studierende und WirtschaftswissenschaftlerInnen in der Praxis

Die Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Universität wie auch an der Handelshochschule ging nach 1933 stark zurück, wobei für Berlin allerdings nur Daten bis zum WS 1935/36 vorliegen.

*Tab. 6: Studierende der Wirtschaftswissenschaften an Berliner Hochschulen (absolut) 1929-1936*

Semester	Universität: Staatswissenschaftlich- Statistisches Seminar	Handelshochschule
WS 1929/30	71	1.403
WS 1932/33	897	1.253
WS 1935/36	510	552

Quelle: Zschaler 1997, S. 84ff.

Weiteren Aufschluss geben die Daten für das Deutsche Reich.

*Tab. 7: Studierende der Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten und Handelshochschulen (absolut) 1929-1941*

Semester	Volkswirtschaft	Kaufmännisches Studium <sup>1</sup>	Handels- lehramt <sup>1</sup>	Handelshoch- schulen <sup>1</sup>
WS 1929/30	3.549			3.303
WS 1932/33	3.662	1.084	517	3.279
WS 1935/36	1.965	812	170	1.290
WS 1938/39	1.862	1.061	185	1.763
1. Trim.1941	1.270	683	88	1.145

1 Ab 1931 wurden die zuvor unter der Bezeichnung Betriebswirtschaft zusammengefassten Fächer in Kaufmännisches Studium und Handelslehramt aufgliedert. Seit 1919 waren auch mehrere Handelshochschulen in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der jeweiligen Universitäten aufgegangen.

Quelle: Titze 1987, S. 50ff., 165ff.

Ab 1931, insbesondere aber ab 1933, kam der langfristige Trend des allgemein zunehmenden Hochschulbesuchs zum Stillstand und in den folgenden Jahren erfolgte eine stete Abwärtsentwicklung, innerhalb derer es nur kurze Phasen eines leichten Wiederanstiegs der Studierendenzahlen gab – insgesamt ein „historisch beispielloser Einbruch“ (Titze 1989, S. 210). Auch die Wirtschaftswissenschaften folgten dieser Tendenz, so dass 1935 ein Stand erreicht wurde, der demjenigen kurz nach der Jahrhundertwende entsprach. Hintergrund war die nationalsozialistische Politik, die davon ausging, die „Überfüllung“ der Hochschulen mache Restriktionen erforderlich, so dass die Zugangsberechtigung 1934 auf eine Höchstzahl festgelegt wurde, wonach lediglich jeder zweite Abiturient und jede siebte Abiturientin einen Studienplatz erhalten sollte. Nur zwei Jahre später befürchtete man jedoch bereits einen erheblichen Mangel an akademischem Nachwuchs und entschied sich zu einem radikalen Kurswechsel. Nun wurde für den Hochschulbesuch plötzlich wieder geworben. Doch das dramatische Absinken der Studierendenzahlen auf das Niveau vor dem Ersten Weltkrieg ließ sich nicht mehr umkehren, insbesondere nicht mehr nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges (Titze 1989, S. 231).

Entsprechend den neuen ideologischen Gewichtungen änderte sich auch die Verteilung der Studierenden auf die einzelnen Fächer. Während die Bedeutung von Volkswirtschaft und Handelslehramt leicht abnahm, stiegen betriebswirtschaftliche Studien – allerdings bei einem dramatischen Rückgang der absoluten Zahl an Studierenden – zum wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Fach auf.

*Tab. 8: Studierende der Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten und Handelshochschulen in einzelnen Fächern (absolut und in Prozent) 1932-1941*

Semester	Volkswirtschaft		Kaufmännisches Studium und Handelshochschulen		Handelslehramt		Alle Studierenden der Wirtschaftswissenschaften Abs.
	Abs.	In %	Abs.	In %	Abs.	In %	
WS 1932/33	3.662	43	4.363	51	517	6	8.542
WS 1935/36	1.965	46	2.102	50	170	4	4.237
WS 1938/39	1.862	38	2.824	58	185	4	4.871
1. Trim. 1941	1.270	40	1.828	57	88	3	3.186

Quelle: Titze 1987, S. 50ff., 165ff., eigene Berechnungen

Mit dem Rückgang der Studierendenzahlen ging eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse einher. Als das Regime die Zahl der Studienplätze bis 1935 kontingentierte, galt dies in verstärktem Maß für Studentinnen. Ihr Anteil sollte auf 10% begrenzt werden. Das Frauenstudium gänzlich abzuschaffen, wäre im Widerspruch zur nationalsozialistischen Ideologie der getrennten Ge-

schlechterwelten gestanden, zu der das Prinzip „Frauen durch Frauen führen“ gehörte, das in Teilgebieten von Bildung und Erziehung sowie der Sozialen Dienste gelten sollte. Alles in allem entwickelte sich die Zahl der Studentinnen keineswegs nach den ursprünglichen ideologischen Vorgaben, die Erwerbstätigkeit von Frauen – wenn überhaupt – dann lediglich in „wesensgemäßen“ Bereichen zuzulassen (Schmidt 1987, S. 52ff.).

Tab. 9: *Studentinnen der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen im Deutschen Reich (absolut und in Prozent) 1929-1941*

Semester	Volkswirtschaft		Kaufmännisches Studium		Handelslehramt		Handelshochschulen	
	A <sup>1</sup>	B <sup>1</sup>	A	B	A	B	A	B
WS 1929/30	458	13	–	–	–	–	363	11
WS 1932/33	633	17	62	6	212	41	654	20
WS 1935/36	255	13	35	4	65	38	133	10
WS 1938/39	184	10	39	4	81	44	293	17
1. Trim.1941	185	15	109	16	71	81	264	23

1 A: Frauen abs.; B: Frauenanteil in %

Quelle: Titze 1987, S. 50ff., 165ff.

Beim Studium der Volkswirtschaft hatten Frauen im SS 1923 in absoluten Zahlen einen Höchststand von 1.198 immatrikulierten Studentinnen erreicht, hinter dem die Zahlen nach 1933 weit zurückblieben. Dagegen nahm ihr Anteil hier wie in den betriebswirtschaftlichen Fächern zumindest nach Kriegsbeginn 1939 zu und übertraf die Werte Ende der 1920er Jahre. Während Frauenanteile beim Fach Volkswirtschaft von über 15% und bei dem kleineren Fach Handelslehramt von über 50% Tradition hatten, waren sie in anderen Fächern neu, so in den Handelshochschulen und beim Kaufmännischen Studium. Als die Verfasser der weiter oben zitierten Richtlinie verkündeten, man wolle „Männer, die die Wirtschaft bis in die betriebliche Einzelzelle hinein kennen“, heranbilden, hatten sie sich offenbar nicht vorstellen können, dass es in diesem Fach eine wachsende Zahl von Studentinnen geben könnte (Handelshochschule Berlin 1938/39). Die Frauenanteile bei den betriebswirtschaftlichen Fächern waren also höher als zuvor – allerdings bei sehr niedrigen absoluten Werten, die meist unterhalb des Niveaus von vor 1933 lagen. Die Ausbildung zum Handelslehreramt wandelte sich überhaupt zu einem Frauenfach, erlebte insgesamt aber auch eine besonders starke Schrumpfung.

Die Einsatzfelder der Wirtschaftswissenschaftler änderten sich nach 1933 nicht grundlegend. Genaue Zahlen zur Tätigkeit von Betriebs- oder Volkswirten



liegen nicht vor, lediglich solche zur Entwicklung der Zahl der Angestellten insgesamt. Diese nahm nach 1933 weiter zu, bedingt vor allem durch den anhaltenden Trend zur Bürokratisierung der Industrieproduktion, also zur Zunahme der Verwaltungsfunktionen im Verhältnis zu den unmittelbar produktiven Tätigkeiten. Aber auch die ausufernde Bürokratie des Nationalsozialismus mit seiner Vielzahl von Organisationen, deren Aktivitätsfelder sich teilweise überschneiden, ließen neue Arbeitsplätze für Angestellte entstehen, so etwa bei den staatlich gelenkten Wirtschaftsgruppen, die an die Stelle der früheren Fach- und Branchenverbände traten. Es ist anzunehmen, dass sich im Zuge dieser Entwicklung auch der Bedarf an wirtschaftswissenschaftlich Ausgebildeten vergrößerte, die bei den Treuhändern der Arbeit, den Preiskommissaren oder bei Wehrmachtsbehörden Beschäftigung fanden. Insbesondere aber stieg die Zahl der weiblichen Angestellten, also der Frauen in modernen, städtischen Berufen, die nach der Absolvierung der Handelsschule als Schreibkraft, Sekretärin, Buchhalterin oder Kontoristin tätig waren – im Widerspruch zum nationalsozialistischen Frauenbild, wonach Frauen vorzugsweise in der Landwirtschaft, als Hausangestellte, Sozialarbeiterinnen oder Lehrerinnen arbeiten sollten. Die Zahl der weiblichen Angestellten nahm von 1933 bis 1939 um 19% zu (Schulz 1985, S. 192).

Das Bestreben, die traditionelle Geschlechterordnung wieder fester zu verankern, hätte zur Folge haben müssen, das mittlere Management der Unternehmen ausschließlich mit Männern zu besetzen. Doch gerade dieses Vorhaben ließ sich seit Kriegsbeginn mit der zunehmenden Einberufung von Wehrpflichtigen immer weniger verwirklichen. Als ab 1939 immer mehr Männer zum Kriegsdienst einberufen wurden, wurden Stellen in höheren Positionen frei, die dann häufig mit Frauen besetzt wurden und diesen vorübergehend einen bis dahin nicht vorstellbaren beruflichen Aufstieg ermöglichten (Schmidt 1983, S. 153).

